

Zweitveröffentlichung



Hierold, Alfred E.

Traditionen - Probleme - Zukunftsperspektiven einer Universität mit geisteswissenschaftlichem Schwerpunkt heute

Datum der Zweitveröffentlichung: 04.08.2026

Verlagsversion (Version of Record), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-116582x

DOI: 10.20378/irb-116582

Erstveröffentlichung

Hierold, Alfred E. (1998): Traditionen - Probleme - Zukunftsperspektiven einer Universität mit geisteswissenschaftlichem Schwerpunkt heute, in: Franz Machilek (Hrsg.), Haus der Weisheit: von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Bamberg: Univ.-Verl., S. 493–497.

Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis der Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

TRADITIONEN – PROBLEME – ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN EINER UNIVERSITÄT MIT GEISTESWISSENSCHAFTLICHEM SCHWERPUNKT HEUTE

I. Traditionen

Diese Überschrift ist mit Bedacht gewählt; denn ich spreche von der Universität Bamberg heute, die gerade dadurch charakterisiert ist, daß sie – negativ formuliert – keine Natur- und Technikwissenschaften, keine Ingenieurwissenschaften und keine Medizin in ihrem Programm führt, auch wenn wir im Lehrkörper Naturwissenschaftler, einen Ingenieur und sogar Mediziner aufbieten können. Positiv gewendet, weist die Universität Bamberg weite Bereiche der Geisteswissenschaften aus, wenn auch nicht alle – wie viele Universitäten tun dies überhaupt? –, aber es sind in meinen Augen die wichtigsten: Philosophie und Theologie, Philologien und Geschichte, Pädagogik und Psychologie. Dazu treten die Sozialwissenschaften, Soziologie und Politikwissenschaften, und die Wirtschaftswissenschaften. Dieses Fächerspektrum mag in manchen Teilen nicht oder nicht allzu lange geplant, vielleicht auch etwas willkürlich entstanden sein. Im wesentlichen aber beruht es auf einer Grundentscheidung, die bereits vor der Errichtung der Gesamthochschule Bamberg getroffen wurde und die dann im Errichtungsgesetz von 1972 ihre juristisch prägnante Ausformulierung fand.

Diese Engführung sollte in der Folgezeit nicht nur erhebliche Probleme bereiten, sondern sich geradezu als Fessel oder Knebel erweisen; denn als die Zahl der Studierenden für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen entsprechend den üblichen Schwankungen erheblich zurückging, hing die Existenz der Gesamthochschule an einem seidenen Faden. Es gab bereits Stimmen, die für ein Ende mit Schrecken plädierten, anstatt einem Schrecken ohne Ende zusehen zu müssen. Ein weiterer wichtiger Grund für diese Haltung war, daß die Hochschule mehr oder minder nur auf die Lehre und auf die Ausbildung der Studierenden ausgerichtet, also fast zu einer reinen Lehranstalt geraten war. Forschung in einem nennenswerten Ausmaß konnte sich nur langsam und mühsam etablieren. Die vorläufige Ausgestaltung des Anfangskonzeptes erwies sich als zu eng, kaum durchsetzbar, nicht hinreichend interdisziplinär abgestimmt und nicht genügend zukunftsorientiert.

Die Situation änderte sich erst nachhaltig, als die Neuordnung der Lehrerbildung erfolgte und das Errichtungsgesetz geändert wurde. Das neue Gesetz vom 27. Juni 1977 gab die strenge Aufzählung auf und eröffnete mit einer offeneren Formulierung den Weg zu einem weiteren Ausbau; es lautet nämlich: »Die Gesamthochschule Bamberg umfaßt wissenschaftliche Studiengänge mit Schwerpunkt in den Geisteswissenschaften und Fachhochschul-

studiengänge« (Art. 1 Abs. 3). Diese Maßgabe hat bis heute Gültigkeit für die innere Struktur der Universität Bamberg. Die Frage muß aber erlaubt sein, ob sie für die Zukunft die gleiche Valenz beanspruchen kann wie bisher. Denn nicht nur in der Vergangenheit und in der Gegenwart, sondern gerade auch für die Zukunft zeigt es sich, daß die bisherige Ausrichtung auf die Geistes- und Sozialwissenschaften zwar einige Vorteile in sich birgt, aber auch gewisse Nachteile in Kauf nehmen muß.

II. Probleme

1. Es soll hier gar nicht auf den angeblichen theoretischen Antagonismus zwischen den Geistes- und Naturwissenschaften eingegangen werden, den es vielleicht gar nicht so gibt und den der Philosoph Odo Marquard in seiner berühmten Rede bei der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz 1985 in Bamberg so vorzüglich dargestellt und, wie ich meine, zum Nutzen der Geisteswissenschaften ausgetragen hat. Im praktischen Hochschulalltag hatte die Universität Bamberg mit ihrer Ausrichtung den Vorzug, daß sich die Geistes- und Sozialwissenschaften unangefochten entfalten konnten, ohne sich gegenüber den wesentlich größeren Ansprüchen der Natur- und Technikwissenschaften im finanziellen Bereich rechtfertigen, behaupten oder gar abkämpfen zu müssen. Alle Interessenten oder Teilnehmer am Verteilungskampf konnten vom etwa gleichen Wissenschaftsverständnis und von etwa gleichen Bedingungen ausgehen und auf die gleichen Verteilungsmodalitäten vertrauen. Der zur Verteilung vorhandene finanzielle Kuchen ist zwar bescheiden, aber die Geisteswissenschaftler sind eh immer bescheidener in ihren Ansprüchen als Kollegen anderer Disziplinen.

Die fehlende Konkurrenz und der fehlende Wettbewerb könnten leicht zu Selbstzufriedenheit, Trägheit und damit zur Ineffizienz verleiten. Das ist aber an der Universität Bamberg, wie ich feststellen zu können glaube, im allgemeinen nicht der Fall. Dies gilt, um ein Beispiel her auszugreifen, nicht für die inneruniversitäre Forschungsförderung und auch nicht für die Einwerbung von Drittmitteln. Als Beleg für meine Einschätzung mag z. B. die Studie der Deutschen Forschungsgemeinschaft vom Jahr 1997 dienen, die die Mittelverteilung in den Jahren 1991 bis 1995 analysiert. Dabei ist festzustellen, daß die Gesamtsumme der Mittel, die für die Universität Bamberg ausgegeben wurde, nicht sehr groß ist, weil unsere Universität schon von der Zahl der Wissenschaftler her relativ klein ist und keine kostenintensiven Disziplinen besitzt.

Wird aber zwischen den Wissenschaftsgruppen und nach der Zahl der Professoren verteilt verglichen, dann liegt die Universität Bamberg im Bereich der Fächergruppe Geistes- und Sozialwissenschaften unter 58 Universitäten immerhin in der ersten Hälfte auf Platz 22 unmittelbar vor Münster, Köln und Erlangen. Dies ist zugegebenermaßen kein Spitzenplatz, aber auch keine ganz schlechte Position.

Die Studie macht jedoch auch auf eine Schwäche unserer Universität aufmerksam, die etwas mit unserer einseitigen Struktur zusammenhängt, wenn sie festhält, daß unsere Universität keinen Sonderforschungsbereich beheimatet. Es hat in der Vergangenheit wohl Bemühungen gegeben, aber bislang fand sich noch nicht die kritische Masse. Der letzte Anlauf scheiterte – so wurde gesagt – schlichtweg daran, daß der juristische Part zu unterentwickelt war, was wiederum damit zusammenhängt, daß die juristischen Disziplinen nicht in der notwendigen Breite, sondern nur in ihrer Funktion als Dienstleister für die Wirtschaftswissenschaften ausgebaut sind. Das Beispiel mag dafür stehen, daß sich Strukturdefizite leicht und manchmal sogar zwingend zu Defiziten in der allgemeinen Profilbildung und speziell im Forschungsprofil auswachsen können. Dies gilt auch in anderer Hinsicht.

2. Heute werden bei der Bemessung der Leistung einer Hochschule noch andere Parameter herangezogen, z. B. die Zahl der angemeldeten Patente, die Beteiligung an Ausstellungen und Messen, der Wissens- und Technologietransfer, die Ausgründungen von selbständigen wirtschaftlichen Unternehmungen usw. Es ist unschwer erkennbar, daß sich eine geisteswissenschaftlich orientierte Universität auf diesen Feldern äußerst hart tut oder gar unmöglich agieren kann. Für geisteswissenschaftliche »Produkte« gibt es noch keine Patente, für Ausstellungen und Messen sind sie meist untauglich. Für den Transfer zum wirtschaftlichen Nutzen taugen auch nicht alle geisteswissenschaftlichen Erkenntnisse. Nichtsdestoweniger werden wir als Universität als ganze fast über den gleichen Leisten geschlagen wie die anderen.

Dies wird besonders deutlich in den jüngst angestoßenen Programmen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst zur Förderung von wirtschaftlichen Existenzneugründungen, wo von allen Hochschulen, ganz egal welchen Zuschnitts erwartet wird, daß sie sich an den Programmen bis hin zum Einsatz von Personalressourcen beteiligen. Es ist sicher nicht abwegig, auch an Geisteswissenschaftler heranzutreten und sie mit dem Gedanken vertraut zu machen, nicht nur auf eine Beschäftigung im Staatsdienst zu warten, sondern eine eigene wirtschaftliche Existenz als Unternehmer ins Auge zu fassen. Dies setzt einen Umdenkungsprozeß voraus, der sich nicht einfach gestaltet; ein breites Ergebnis ist sicherlich nicht in Kürze und in einem Zug machbar.

3. Ich darf noch ein anderes Problem ansprechen: Es ist allgemein spürbar, daß von staatlicher Seite die Natur- und Technikwissenschaften besonders bedient und geför-

dert werden mit der durchaus löblichen Absicht, den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland zu erhalten und wieder an die Weltspitze zu bringen. Dabei sei nicht behauptet, daß die Geisteswissenschaften vernachlässigt werden; dies zu beklagen, wäre ungerecht. Aber durchaus realistisch ist zu sehen, daß gerade bei den Neuinvestitionen die Gewichte sehr ungleich verteilt sind. Bei dieser Feststellung beziehe ich mich nicht nur auf die Reden von Politikern, sondern auch auf die wirklichen monetären Ströme, wobei die Sinnhaftigkeit der Anlagen, nicht einmal eines Neutronenbeschleunigers, in Frage gestellt sei.

4. Ich darf noch einen Bogen schlagen auf die europäische Ebene, ohne mich über das System der Forschungsförderung durch die Europäische Union allgemein und über seine Reformbedürftigkeit im besonderen auszulassen. Die Art und Weise der Erstellung der Rahmenprogramme und die Förderung top down haben zumindest bewirkt, daß jeder den Vorzug der Forschungsförderung in Deutschland durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft schätzen gelernt hat. In unserem Zusammenhang geht es nur darum, darauf hinzuweisen, daß aufgrund der Römischen Verträge die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nur Forschungsvorhaben in den Natur- und Technikwissenschaften und in der Medizin fördern konnte. Da die Kulturhoheit der Länder und Nationalstaaten nicht angetastet werden durfte, blieben die Geistes- und Sozialwissenschaften, ja sogar die Wirtschaftswissenschaften von jeder Unterstützung ausgeschlossen, außer man fand über einen trickreichen Interpretationsweg ein Schlupfloch wie z. B. beim Rundfunk, wo man über die Rundfunktechnik auch den Einstieg in die Programme versuchte. Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß sich seit einiger Zeit auf diesem Feld einiges gewandelt und zum Besseren gewendet hat. Seit dem letzten Rahmenprogramm haben sich die Tore der Förderung auch für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und einen Spalt über den Umweg der beruflichen Bildung sogar für die Geisteswissenschaften aufgetan.

Auf die Universität Bamberg bezogen bedeutete dies nun: Die Universität Bamberg war aufgrund ihrer Fächerstruktur als ganze von den Fördertöpfen der EU im Forschungsbereich total ausgeschlossen. Offen blieben allein die sog. Mobilitätsprogramme, wie ERASMUS, SOKRATES, TEMPUS usw., die wir kräftig genutzt haben. Um so erfreuter sind wir, daß wir nunmehr seit kurzer Zeit auch an der Forschungsförderung der EU partizipieren können. Die ersten Erfolge sind bereits zu verzeichnen trotz aller Hürden, die bei der Antragstellung zu überwinden sind, die aber nicht als Ausrede für irgendeine Antragsabstinenz herhalten können und dürfen.

Nach diesem Blick auf die Vergangenheit und auf die gegenwärtige Situation, der mir unumgänglich schien, weil nur so die Möglichkeiten und Grenzen für die Zukunft ausgelotet werden können, darf ich noch einige Perspektiven entfalten, wie sie mir als Rektor dieser Hochschule vorschweben. Ich nehme für mich nicht in Anspruch, eine umfassende oder die allein gültige Sicht

zu besitzen, zumal künftig auch mehrere Gremien für die Entwicklung der Universität das Steuer führen werden.

III. Perspektiven

Dabei werden die Rahmenbedingungen, wie sie der staatliche Gesetzgeber und die Administration vorgeben, von entscheidender Bedeutung sein.

1. Ein erster Umstand wird darin zu suchen sein, daß die Universitäten kaum mehr weiter ausgebaut werden – unabhängig von der Entwicklung der staatlichen Finanzen. Alle relevanten Wissenschaftsinstitutionen, sei es nun Hochschulrektorenkonferenz, sei es Wissenschaftsrat, sind sich darin einig, daß eine größere Zahl von Studierenden an den Fachhochschulen ausgebildet werden soll und daß als Konsequenz daraus die Fachhochschulen noch mehr ausgestaltet werden sollen, auch wenn diese zum Teil einer Tendenz Vorschub leisten, sich zu universitätsähnlichen Institutionen entwickeln zu wollen. Das bedeutet im Hinblick auf die Universität Bamberg, daß wir mit keinen größeren Schritten zu einer quantitativen Vergrößerung mehr rechnen oder daß wir in Zukunft mit keinen größeren personellen Zuwächsen kalkulieren können. Bereits in den letzten Jahren ist bei den Personalstellen im wissenschaftlichen Bereich eine Stagnation eingetreten. Neustrukturierungen und Veränderungen zur qualitativen Verbesserung werden im wesentlichen nur durch Umschichtungen zu erreichen sein.

Dazu wird letztlich auch die finanzielle Situation des Staates zwingen. Selbst wenn man annimmt, daß die momentane wirtschaftliche Krise und die damit einhergehende Finanznot des Staates nicht für immerwährende Zeiten andauert, sondern sich eines Tages wieder nachhaltig bessert, wie dies früher schon einmal stattgefunden hat, wird kaum zu erwarten sein, daß die Prioritäten so energisch in Richtung Bildung, Wissenschaft und Forschung gesetzt werden, daß sie im Überfluß leben können. Diese Bereiche werden nie zuviel Geld haben, weil es genug Lobbyisten für andere Ressorts gibt.

2. Die finanzielle Ausstattung des Hochschulbereichs wird es weiter unumgänglich machen, daß nicht das ganze wissenschaftliche Spektrum von Fächern in der gleichen Breite wie bisher aufrechterhalten werden kann. Schon bislang konnten nicht überall alle Fächer mit derselben wünschenswerten personellen Ausstattung betrieben werden. Davon kann die Universität Bamberg ein Lied singen oder ein Klagelied anstimmen, wie man will. In Zukunft wird wohl eine Konzentration von verschiedenen Disziplinen nur an bestimmten Universitäten unumgänglich werden, andere werden an anderen Hochschulen eine Heimstatt haben. Es dürfte eine Bereinigung des Sortiments eintreten, wenn man es im Kaufmannsjargon ausdrücken will. Auf diese Weise gewinnen dann die einzelnen Universitäten ein je eigenes Profil bereits von der Art des Fächerspektrums her. Dies setzt allerdings voraus,

daß eine planerische Instanz mindestens für ein ganzes Bundesland die Fäden in der Hand behält, damit nicht an allen Universitäten das gleiche Fach als entbehrlich angesehen und abgeschafft wird und eine planungslose Monostuktur von vielleicht momentan wünschenswerten Modenfächern entsteht. Dies könnte Aufgabe eines Wissenschaftsministeriums, angereichert mit wissenschaftlichem Sachverstand, sein, wenn es den Ballast administrativer Kleinarbeit an die mit Autonomie begabten Hochschulen abgetreten hat.

3. Eine weitere und letzte Rahmenbedingung wird von gewichtiger Bedeutung sein. Der Entwurf für das neue Bayerische Hochschulgesetz sieht in Art. 7 Abs. 1 vor, daß in Zukunft die Finanzmittel zu einem beträchtlichen Teil leistungs- und belastungsbezogen an die Hochschulen und innerhalb der Hochschulen verteilt werden sollen, so daß es zu einem interuniversitären und intrauniversitären Wettbewerb kommt. Als Parameter für Leistung und Belastung werden – ich denke nicht abschließend, sondern beispielhaft – angegeben: Zahl der Studenten in der Regelstudienzeit, Zahl der Absolventen, Promotionen, Habilitationen, Höhe der eingeworbenen Drittmittel usw. So sehr ich diesen Wettbewerb bejahen mag, so kann ich jedoch nicht übersehen, daß sog. kleine Fächer oder »Orchideenfächer« unter die Räder kommen, wenn nicht eine gewisse Grundausstattung gewährleistet ist. Die Zahl der Bücher für ein Fach kann sich z.B. eben nicht nur an der Zahl der Studierenden orientieren. Das System eines ruinösen Wettbewerbs, der nicht einmal in einer freien Marktwirtschaft ungebremst walten darf, kann auch innerhalb der Wissenschaft nicht das letzte Wort haben. Ich will gar nicht behaupten, daß diese Art des Wettbewerbs für die kleinen Universitäten schädlich sein könnte, aber wenn Wettbewerb, dann müssen auch die Startchancen und die Wettbewerbsbedingungen die gleichen sein. Jedenfalls für die Universität Bamberg ist mir nicht bange; denn die Berechnungsmodelle, die bislang im Auftrag der Bayerischen Rektorenkonferenz vorgelegt worden sind, weisen darauf hin, daß die Universität Bamberg einen Zugewinn, wenn auch nicht sehr groß, gegenüber der bisherigen Finanzierung verbuchen könnte.

IV. Zur Zukunft der Universität Bamberg

Nach den allgemeinen Zukunftsansichten möchte ich das Interesse verstärkt auf die Universität Bamberg richten und mich vornehmlich den Funktionsbereichen Forschung und wissenschaftlicher Nachwuchs bzw. Lehre und Studium widmen.

1. An der Universität Bamberg wird eine breit gefächerte Forschung betrieben. Davon legt der zum Dies Academicus 1997 herausgegebene Forschungsbericht, der fast vollständig auch im Internet eingestellt und abrufbar ist, ein beredtes Zeugnis ab. Die Forschungsarbeit wird, wie dies bei Geisteswissenschaftlern häufig der Fall ist, weit- hin als Einzelforschung an den Lehrstühlen und Professu-

ren betrieben. Die Höhe der eingeworbenen Drittmittel läßt optimistisch in die Zukunft blicken, denn sie weist seit Jahren eine steigende Tendenz aus und ist konkret von 1987 bis 1996, was die Zahl der Projekte betrifft, um 70,1 % von 57 auf 97, und, was die Ausgaben betrifft, um 117,5 % von 2 663 369 DM auf 5 793 509 DM gestiegen. Ich darf noch einmal auf die Publikation der DFG verweisen. Diese zeigt auch unsere Schattenseiten, nämlich daß wir bislang keinen Sonderforschungsbereich und keine Forschergruppe hervorgebracht haben. Dies bedeutet, daß wir in Zukunft die Kräfte bündeln und die interdisziplinäre Forschung vorantreiben müssen. Als einen solchen wichtigen Kristallisationspunkt betrachte ich das jüngst vom Akademischen Senat beschlossene Zentrum für Mittelalterstudien, das alle mediävistisch relevanten Potentiale zusammenführt, die Grenzen der Fakultät überschreitet und zur Profilbildung der Universität einen unschätzbaren Beitrag leisten kann. Es könnte auch zum Ausgangspunkt für ein kulturwissenschaftliches Forschungskolleg der DFG werden.

Dieses Zentrum darf nicht das einzige bleiben. Deshalb dürfen die Anstrengungen für das Zentrum für Studien zur Geschichte, Kultur, Politik und Wirtschaft Großbritanniens nicht erlahmen, das im Werden begriffen ist, aber noch einige Hürden zu überwinden hat. Das heißt, daß inneruniversitär die Kooperation der angesprochenen Disziplinen verstärkt werden muß, daß Ressourcen bereit gestellt werden müssen und außeruniversitäre Unterstützung zu aktivieren ist. Die Bereitschaft dazu scheint vorhanden zu sein.

Eines besonderen Augenmerks bedürfen die Forschungsschwerpunkte der Universität; denn in der Vergangenheit hat der Forschungsschwerpunkt Familienforschung die Grundlage dafür abgegeben, daß das Staatsinstitut für Familienforschung nach Bamberg geholt und als Institut der Universität Bamberg angegliedert werden konnte. Ähnlich verhält es sich mit dem »europäischen forum für migrationsstudien (efms)«, das sich als Institut an der Universität Bamberg etabliert hat und durch die Förderung einer interdisziplinären und internationalen Zusammenarbeit in der Migrationsforschung sowie durch den Austausch zwischen den Bereichen Forschung, Politik, Verwaltung, Medien, Öffentlichkeit und Bildungssystem einen Beitrag zur Gestaltung einer tragfähigen und humanen Migrationspolitik leisten will. Das Institut bearbeitet so ein Feld, das in Zukunft noch größere Bedeutung bekommen wird.

2. Forschung und Wissenschaft gedeihen nur, wenn sie den notwendigen Nachwuchs hervorbringen. Darin liegt eine der wichtigsten und vornehmlichsten Aufgaben einer Universität. Die Universität Bamberg hat sich dieser Verpflichtung gestellt und neben den Promovierten eine ganze Reihe von habilitierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an andere Hochschulen als akademische Lehrer abgegeben. Doch recht besehen ist die Zahl der Promotionen noch etwas zu gering (36 im Studienjahr 1996/97). Dies mag vielleicht damit zusammenhängen, daß in manchen Studiengängen zu sehr die Berufsausbil-

dung im Vordergrund steht, z.B. in den Lehramtsstudiengängen. Es könnte auch daran liegen, daß die Förderung zu sporadisch und zu individuell erfolgt. Dem könnte gerade durch die Graduiertenkollegs entgegengewirkt werden, die sich als vorzügliches Instrument für die Forschung und zugleich für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses erwiesen haben. Dieses Instrument gilt es in der Zukunft verstärkt zu nutzen, jedenfalls mehr als bisher, obwohl die Universität Bamberg mit dem Graduiertenkolleg für »Gegenwartsbezogene Orientforschung«, das zusammen mit der Universität Erlangen-Nürnberg betrieben wird, mit dem Graduiertenkolleg »Kunstwissenschaft – Bauforschung – Denkmalpflege«, das zusammen mit der Technischen Universität Berlin durchgeführt wird, und dem jüngst von der DFG genehmigten Graduiertenkolleg »Anthropologische Grundlagen und Entwicklungen im Christentum und Islam«, das von unseren Theologen und Orientalisten verantwortet und das zum 1. April 1998 starten wird, nicht schlecht im Rennen liegt. Ich erhoffe mir jedenfalls, daß auf diesem Weg nicht nur die Zahl, sondern auch die Qualität der Promotionen erheblich gesteigert werden kann und daß es auch zu einer Bündelung der Forschungspotentiale und -ressourcen kommen kann. Deshalb wird in Zukunft ein wichtiger Teil der Bemühungen dafür aufgewendet werden müssen, Graduiertenkollegs zu konzipieren und einzuwerben. Dies setzt jetzt schon eine engere Vernetzung und Kooperation der einzelnen Fächer voraus.

3. Unter den Stichwörtern »Lehre und Studium« darf ich noch einige Ausführungen zur Fächer- und Studiengangsstruktur machen. Gegenwärtig befinden sich etwa 25 % der Studierenden in Lehramtsstudiengängen der verschiedenen Schularten, etwa die Hälfte in Diplomstudiengängen, 10 % in Magisterstudiengängen und 8 % im Fachhochschulstudiengang Sozialwesen, 2 % im Aufbaustudium und die übrigen im Promotionsstudium.

Diese Übersicht zeigt, daß sich die Universität Bamberg weit weg von einer Lehrerbildungsanstalt entwickelt und sich als ganz normale Universität etabliert hat. Trotzdem wird m. E. das Lehramtsstudium auch in Zukunft ein ganz wichtiges Standbein bleiben, sofern nicht die niedrigen Anstellungszahlen des Staates nicht auch eine wesentlich niedrigere Zahl von Studienanfängern auf diesem Feld nach sich ziehen wird, wie dies momentan zu konstatieren ist. Es wird aber in Zukunft zu prüfen sein, ob die gleiche Breite an Fächern angeboten werden kann, oder ob nicht für den Ausbau des einen Faches ein anderes aufgegeben werden kann oder sogar muß, wie dies bereits mit der Einstellung der Neuindologie in einem anderen Zusammenhang durchgeführt worden ist.

Diese Prüfung gilt in verstärktem Maß bei den Magisterstudiengängen. Wohl zeichnen sich diese gerade dadurch aus, daß sie enorm viele Kombinationsmöglichkeiten bereitstellen, in geradezu idealer Weise ein Netzwerk zwischen den verschiedensten Fächern über alle Fakultäten hinweg ausbilden und so der modernen Vorstellung

von vielen Schnittstellen entsprechen. Aber auch hier ist zu fragen, ob nicht ein Fach um der Qualität des anderen willen eingestellt werden sollte.

Auch bei den Diplomstudiengängen kann es nicht immer beim status quo bleiben, sondern es wird zu überlegen sein, ob sich vielleicht der eine oder andere überlebt hat, ob der Zuschnitt noch den Erfordernissen der Wissenschaft und dem Arbeitsmarkt entspricht oder wo aus diesen Gründen neue Kombinationen von Fächern unabdingbar sind und angestrebt werden müssen.

Die Universität Bamberg wird weiterhin Aufbaustudiengänge anbieten, zumal wenn sie so erfolgreich laufen wie das Aufbaustudium Denkmalpflege, das Zusatzqualifikationen zu einem grundständigem Studium vermittelt und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöht.

Sie wird sich weiterhin dazu verstehen, daß sie auch einen Fachhochschulbereich in ihren Mauern besitzt, dessen Ausbildung Anerkennung und Akzeptanz genießt. Die Kombination von wissenschaftlichen Fachbereichen und einem Fachhochschulbereich an einer Hochschule gibt es in Bayern nur noch an der Technischen Universität München und gehört so zum besonderen Profil der Universität Bamberg.

4. Vielleicht ist in dem Vorangegangenen die Betonung zu sehr darauf gelegt worden, daß es im wesentlichen um das Bewahren der Grundstruktur geht und daß manches nur umgebaut oder abgebaut werden könnte. Das Errichtungsgesetz in seiner zweiten Fassung bringt mich auf die Fährte, darüber hinauszudenken; denn es spricht von wissenschaftlichen Studiengängen mit Schwerpunkt in den Geisteswissenschaften, d.h. es schließt a priori andere Studiengänge als in den Geisteswissenschaften nicht aus. Daraus folgere ich, daß es sich lohnt, Überlegungen darüber anzustellen, ob wir nicht unsere naturwissenschaftliche Kompetenz stärken oder unsere Möglichkeiten auf andere Felder ausdehnen könnten und sollten. Dabei gebe ich mich keineswegs der Illusion hin, wir könnten eine naturwissenschaftliche Fakultät aus dem Boden stampfen. Mein Ansatz ist bescheidener. Wir haben Disziplinen, die in die Natur- und Technikwissenschaften hineinreichen oder ihnen sogar zugerechnet werden müssen. Ich nenne als Beispiele die physische Geographie, die Bauforschung, die mit rein naturwissenschaftlichen Methoden und Mitteln arbeitet, oder die Wirtschaftsinformatik. Gerade letztere sehe ich dazu prädestiniert, in die Bereiche Telematik und Telekommunikation vorzudringen und so neue zukunfts-trächtige Technologien in den Bannkreis der Universität zu ziehen. Das Projekt einer Virtuellen Universität, für das wir unser Interesse bekundet haben und für das wir gute Voraussetzungen von unserem Fächerspektrum her mitbringen, zielt in diese Richtung. Hier sind noch gewaltige Investitionen nötig; dies darf aber nicht dazu führen, vor dem Projekt zurückzuschrecken, das ich hier nicht weiter erläutern kann, wie ich überhaupt manchen Bereich nicht ansprechen kann, der füglich behandelt werden müßte. Ich nenne z.B. nur das Stichwort »Internationalität«. Bei Zukunftsüberlegungen ist eine Vollständigkeit weder möglich noch notwendig.

Ich darf schließen mit einer Art von Bekenntnis. Für mich ist entgegen der dezidierten Meinung des »Zukunftsministers« Rüttgers Humboldt nicht tot. Er wird seine Bedeutung behalten, und seine Forderung nach Einheit von Lehre und Forschung wird auch in Zukunft für die Universität bestimmend sein und bestimmend sein müssen.